

AußenwirtschaftsNews – USA

08/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im zweiten Quartal um 3,0 Prozent auf das Jahr hochgerechnet gewachsen. Die Wirtschaft wächst wieder, da sich der Importanstieg, der das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Anfang 2025 gedrückt hatte, umkehrt. Die Verbraucherausgaben stiegen, doch die Unternehmensinvestitionen gingen deutlich zurück, da Präsident Trumps Handelskrieg die Wirtschaft belastet.
- Laut dem Arbeitsministerium haben die Arbeitgeber im Juli 73.000 neue Stellen geschaffen. Die Arbeitslosenquote stieg auf 4,2 Prozent, verglichen mit 4,1 Prozent im Juni. Außerdem gab es ungewöhnlich hohe Abwärtskorrekturen für das Beschäftigungswachstum im Mai und Juni. Die Beschäftigung ist in den letzten beiden Monaten insgesamt um 258.000 niedriger als zuvor gemeldet.
- Im Juni ist die Industrieproduktion in den USA saisonbereinigt gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,7 Prozent und gegenüber dem Vormonat um rund 0,3 Prozent gestiegen.
- Ökonomen rechnen damit, dass sich die Zölle negativ auf die Preisentwicklung in den USA auswirken. Erste Zeichen sind erkennbar: Nach 2,3 Prozent im April stieg die Inflation zunächst auf 2,4 Prozent im Mai und nun im Juni vergleichsweise stark auf 2,7 Prozent. Die Kerninflation betrug im Juni 2,9 Prozent. Von März bis Mai lag sie stabil bei 2,8 Prozent.
- Die US-Notenbank hat ihren Leitzins unverändert bei 4,25-4,50 Prozent belassen. Es ist die fünfte Sitzung ohne Zinsänderung in Folge. Damit widersetzt sich die FED bisher der anhaltenden Forderung von Präsident Trump, den Leitzins zu senken. An den Finanzmärkten wird mehrheitlich mit einer Zinssenkung im September gerechnet.
- Eine am 09. Juli 2025 veröffentlichte Tariff Pulse-Umfrage von KPMG zeigt, dass viele US-Unternehmen bereits unter den Zöllen leiden. Unternehmen können die Handelskosten nur eine gewisse Zeit lang tragen, bevor sie die Preise erhöhen und so die zollbedingte Inflation anheizen, die viele Ökonomen befürchten. In der Umfrage mit Führungskräften von 300 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von einer Milliarde US-Dollar oder mehr verzeichneten 57 Prozent der Unternehmen bereits im Mai einen zollbedingten Rückgang der Bruttomargen. Ein Viertel der Befragten gab an, dass ihre

Margen bereits um 6 Prozent oder mehr gesunken seien. 77 Prozent der Befragten gaben an, dass ihre Unternehmen in den nächsten sechs Monaten Preiserhöhungen von mindestens 5 Prozent in Erwägung ziehen.

2 Handels- und Zollpolitik

- Die Zoll- und Handelspolitik von US-Präsident Trump führt laut [Sommer-Konjunkturumfrage](#) in der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie zu deutlichen Beeinträchtigungen. So exportiert mehr als jedes zweite bayerische M+E Unternehmen in die USA, über die Hälfte davon war bereits konkret von Zollsteigerungen betroffen und bei jeweils einem Drittel wurden Bestellungen reduziert oder verschoben. Bei 13 Prozent wurden Bestellungen sogar gänzlich storniert.
- Am 27. Juli 2025 erzielten die USA und die Europäische Union eine politische Einigung im Zollstreit. Ein rechtlich bindendes gemeinsames Dokument liegt noch nicht vor. Am 31. Juli 2025 hat das Weiße Haus eine [Präsidentialverordnung](#) zur Umsetzung der sogenannten "reziproken Zölle" erlassen. Demnach gelten für Einfuhren aus der EU, die seit 09. April 2025 reziproken Zöllen unterlagen, ab 07. August 2025 folgende Zollsätze:
 - Für Güter, die nach dem Harmonized Tariff Schedule Spalte 1 mit bis zu 15 Prozent verzollt werden mussten, gilt nun ein einheitlicher Zollsatz von 15 Prozent.
 - Für Güter, die nach dem Harmonized Tariff Schedule Spalte 1 mit Zöllen höher als 15 Prozent belegt waren, gilt der dort aufgeführte MFN-Zollsatz weiterhin ohne Zusatzzölle.
 - Nicht den reziproken Zöllen unterliegen bestimmte Produktgruppen wie
 - Stahl- und Aluminiumartikel, die den Section 232-Zöllen gemäß [Proklamation 10947](#) unterliegen;
 - KFZ und KFZ-Teile, die den Section 232-Zöllen gemäß [Proklamation 10908](#) unterliegen;
 - bestimmte in [Annex II](#) der Executive Order 14257 gelistete Waren, darunter Kupfer, Arzneimittel, Halbleiter, Holzwaren sowie bestimmte kritische Mineralien.

Auf unserer [Website](#) informieren wir Sie über die weiteren Details der Einigung.

- Derzeit laufen juristische Verfahren von mehreren US-amerikanischen Privatunternehmen und 12 Bundesstaaten gegen die Zölle, die Präsident Trump unter Berufung auf ein Notstandsgesetz per Dekret verordnet hat. Das betrifft die länderspezifischen Zölle sowie die Zölle gegen China, Kanada und Mexiko, um die Fentanyl-Importe in die USA zu stoppen. Nach einer Anhörung vor dem Berufungsgericht des Bundes am 31. Juli 2025 steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das Verfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit der Zölle entscheiden muss. Die Entscheidung wird bis Ende des Jahres erwartet.
- Infolge der politischen Einigung hat die EU-Kommission die geplanten [Gegenmaßnahmen](#) gegen die US-Zölle für bestimmte EU-Einfuhren unbefristet ausgesetzt. Ursprünglich sollten die Gegenmaßnahmen, die zusätzliche Zölle auf bestimmte Einfuhren aus den USA sowie Exportbeschränkungen umfassen, am 07. August 2025 in Kraft treten.

- Ende Juli 2025 hat Präsident Donald Trump folgende Änderungen im Warenverkehr mit den USA erlassen:
 - Seit 01. August 2025 unterliegen halbfertige Kupferprodukte und kupferintensive Derivate einem Zusatzzoll in Höhe von 50 Prozent. Dieser gilt ausschließlich für den Kupferanteil der [unter die Proklamation fallenden Waren](#). Der Nichtkupferanteil unterliegt den reziproken Zöllen sowie allen darüberhinausgehend geltenden Zollregelungen. Die Zollentscheidung ist Ergebnis der Untersuchung nach Abschnitt 232 Trade Expansion Act. In den kommenden Wochen werden die Ergebnisse für Halbleiter und Pharmazeutika erwartet.
 - Am 07. August 2025 sind neue länderspezifische („reziproke“) Zölle zwischen 10 und 40 Prozent in Kraft getreten. Die Übersicht sehen Sie [hier](#).
 - Ab 29. August 2025 wird die De-Minimis-Ausnahme für alle Länder ausgesetzt: Künftig unterliegen alle Sendungen, die nicht über das internationale Postnetz versendet werden, unabhängig vom Warenwert, allen anwendbaren Zöllen, Steuern, Gebühren und Abgaben. Bisher dürfen Waren unter einem bestimmten Wert (in der Regel 800 US-Dollar) ohne Zahlung von Zollabgaben in die USA eingeführt werden. Für China wurde die De-Minimis-Regelung bereits im Mai ausgesetzt.
 - Ab 01. Oktober 2025 erhöhen sich die Unter- und Obergrenzen für die Zollabfertigungs-Gebühren.

3 Allgemeine Politik

- Zahlreiche große Pharmakonzerne wurden per Schreiben des US-Präsidenten zu Preissenkungen für verschreibungspflichtige Medikamente aufgefordert. Er gibt den Unternehmen eine Frist bis zum 29. September, um verbindliche Zusagen zu machen. Andernfalls will die Regierung Maßnahmen ergreifen, um die Verbraucher vor missbräuchlichen Preispraktiken zu schützen. Bereits im Mai hatte Trump ein Dekret unterzeichnet, das Anbieter dazu verpflichtet, die US-Preise für Medikamente denen in anderen Ländern anzugleichen. Der US-Präsident griff außerdem den in Kürze erwarteten Ergebnisse der Abschnitt 232-Untersuchungen für Pharmaprodukte und Arzneimittel vor. Er kündigte einen „geringen Zoll“ auf die Einfuhr von Arzneimitteln an und drohte damit, die Zölle in ein bis eineinhalb Jahren auf bis zu 250 Prozent zu erhöhen. Mit der Drohung will Trump Pharmaunternehmen zu Investitionen in den USA bewegen.
- Die US-Administration hat einen [KI-Aktionsplan](#) veröffentlicht, mit dem sich die USA die weltweite Vorreiterrolle im Bereich Künstliche Intelligenz sichern wollen. Der Plan basiert auf drei Säulen: Förderung amerikanischer Innovationen, Ausbau der Rechenzentrumsinfrastruktur und die Förderung amerikanischer Technologie im Ausland. Konkret sollen regulatorische Hürden für die Technologieentwicklung abgebaut, Genehmigungsverfahren für den Bau von Rechenzentren vereinfacht und ein Exportförderprogramm für amerikanische KI-Technologien geschaffen werden. Der Plan umfasst insgesamt über 90 Maßnahmen.



- Einer Umfrage des Wall Street Journals (WSJ) zufolge haben 63 Prozent der Wähler eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratischen Partei. Dies ist der höchste Wert, der in WSJ-Umfragen seit 1990 verzeichnet wurde, als lediglich 33 Prozent der Wähler eine positive Meinung äußerten. Trotz aller Gerüchte über die sinkenden Zustimmungswerte von Präsident Trump vertrauen die Wähler in Fragen der Einwanderung (+17), Inflation (+10), Außenpolitik (+8) und anderen Bereichen immer noch mehr den Republikanern als den Demokraten.
- Der GENIUS Act ist Gesetz. Präsident Trump unterzeichnete das Gesetz und schuf damit einen Rahmen für die Regulierung von Stablecoins – digitalen Währungen, die an traditionelle Vermögenswerte und an den US-Dollar gekoppelt sind. Es ist ein großer Erfolg für die Kryptobranche. Trump bezeichnete es als „einen riesigen Schritt zur Festigung der amerikanischen Dominanz im globalen Finanzwesen und in der Kryptotechnologie“. Das Gesetz könnte dazu beitragen, Stablecoins in den Mainstream zu bringen, und große Unternehmen wie Walmart und Amazon erwägen angeblich die Einführung eigener Stablecoins.
- Neben dem vielbeachteten Vorgehen gegen Einwanderer ohne gültige Papiere hat die Trump-Regierung einer Analyse von Bloomberg Economics zufolge auch die legale Einreise in die USA für Studenten und Fachkräfte verschärft. Die Vergabe von H-1B-Visa ist in diesem Jahr um 12,2 Prozent zurückgegangen. Diese Visa ermöglichen es US-Unternehmen, ausländische Arbeitnehmer in Spezialberufen zu beschäftigen. Ein Rückgang könnte die Fähigkeit der USA beeinträchtigen, weltweit Top-Talente anzuziehen und ihre technologische Dominanz gegenüber strategischen Konkurrenten wie China zu behaupten. Auch die Erteilung von F-1-Visa, die Ausländern ein Studium in den USA ermöglichen, ist zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Genehmigungen von Januar bis Mai sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 14,5 Prozent. Die USA haben mit über 1,1 Millionen im letzten Jahr die meisten internationalen Studierenden weltweit. Sie trugen rund 44 Milliarden US-Dollar zur US-Wirtschaft bei.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

eva.apfel@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569

christoph.kolle@vbw.com

www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.